

Resolution



Racial Profiling: Schon zehn von der Polizei getötete Schwarze Menschen – jetzt besucht die UNO die Schweiz

Am 30. August 2021 erschießt die Polizei auf dem Bahnhof Morges einen in Zürich wohnhaften, 37-jährigen Schwarzen Mann. Er war stark verwirrt und rannte auf dem Perron herum. Jemand rief die Polizei, eine Polizistin und drei Polizisten kamen. Einer von ihnen fühlte sich bedroht. Er gab auf den jungen Schweizer Staatsbürger mehrfach Schüsse ab, bis er am Boden liegen blieb. Statt ihm zu helfen, legten sie ihm Handfesseln an. Als die Sanität endlich eintraf, war er tot.

Gemäss der Plattform für Reflexion und Aktion wider den Rassismus gegen Schwarze (CRAN) handelte es sich bereits um den vierten Schwarzen Menschen, der allein im Kanton Waadt seit 2016 bei Kontakten mit der Polizei ums Leben gekommen ist. Und um den zehnten Schwarzen Menschen, der in der Schweiz von der Polizei in den letzten zwanzig Jahren aus dem Leben gerissen wurde. CRAN und mit ihr zahlreiche weitere Organisationen stellten sich deshalb die Frage: „Schweizer Polizei: Serienmörder von Schwarzen Menschen?“

Die Delegiertenkonferenz der SP Migrant:innen Schweiz

- ist über das neueste Schwarze Opfer von Polizeigewalt zutiefst betroffen und spricht den Angehörigen des in Morges erschossenen jungen Mannes ihr tief empfundenes Beileid aus;
- bekräftigt die bis heute nicht erfüllten Forderungen, die sie in ihrem Positionspapier über „Racial Profiling“ an der Jahreskonferenz vom 9. Juni 2018 verabschiedet hat;
- betont, dass diskriminierende Praxen in der polizeilichen Kontroll- und Anhaltepraxis von People of Colour („Racial and Ethnic Profiling“) nicht als Fehlverhalten einzelner Beamter zu behandeln sind; vielmehr geht es darum, die institutionelle und strukturelle Dimension von rassistischem Profiling anzugehen;
- begrüsst, dass fünf Kantone und fünf Städte zur Bearbeitung solcher Vorfälle Ombudsstellen und der Kanton Genf eine unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet haben;
- fordert die übrigen Kantone auf, ebenfalls niederschwellige Beschwerdemechanismen für Betroffene von Fällen von Racial und Ethnic Profiling anzubieten;
- ersucht die kantonalen Sektionen der SP Migrant:innen, mit Betroffenen von Racial Profiling Arbeitsgruppen einzurichten und mit der Polizei in einen permanenten Dialog zu treten;
- gratuliert der Allianz gegen Racial Profiling, die zusammen mit vielen weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft erfolgreich dafür gesorgt hat, dass Racial Profiling vom UNO-Menschenrechtsrat im Rahmen der universellen Überprüfung der Menschenrechte in der Schweiz untersucht wird und eine von der UNO entsandte Expertengruppe für Menschen afrikanischer Abstammung („Working Group of Experts for People of African Descent“, WGEPAD) im Januar 2022 in die Schweiz reisen wird;
- ersucht die Vorsteherin des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Fedpol-Direktorin Nicoletta della Valle, Oberzolldirektor Christian Bock als oberster Grenzwachter sowie den Kommandanten der Militärpolizei Brigadier Hans Schatzmann, die WGEPAD anlässlich ihres Besuches vom Januar 2022 zu empfangen und wirksame Massnahmen zu ergreifen, die diskriminierenden Praxen in der polizeilichen Kontroll- und Anhaltepraxis von People of Colour endlich wirksam den Riegel schieben;
- fordert den Bundesrat auf, der Fachstelle für Rassismusbekämpfung im Eidg. Departement des Innern einen erweiterten Auftrag zu erteilen, damit diese auch auf Bundesebene eine unabhängige Schlichtungsstelle und einen niederschweligen informellen Beschwerdemechanismus für Betroffene von Fällen von Racial und Ethnic Profiling anbietet und zudem dazu beiträgt, dass schweizweit eine Web-Applikation zur Erfassung von Personenkontrollen im Zusammenhang von Racial und Ethnic Profiling geschaffen wird, um die statistischen Aussagen zur Anzahl der Kontrollen, Treffer, Zeit, Ort und Kontrollgrund zu verbessern.